

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Deutschland 1,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,30 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland und Österreich 1,50 M., für das übrige Ausland 1,70 M., jährlich. Salva-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 58b.

Die achtspaltige Korrespondenz über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Fernungsgeldes. Keine Anzeigen; Das jetzige Heft 2,- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Fernungsgeldes. Gestirne-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: Das jetzige Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1,- M. Fernsprecher: Central 2030, 2645, 4518 4602, 4635, 4649, 4921.

STREIFIT

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Kabinett und Spaa

Die Berichterstattung über Spaa

Berlin, 18. Juli. Amtlich.

Das Kabinett trat heute Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der die aus Spaa zurückgekehrten Minister teilnahmen. Für die nächsten Tage wurde folgendes Programm vereinbart: Am Montag und Dienstag wird das Kabinett die Berichte über die Beschlüsse von Spaa entgegennehmen. Für Dienstag Abend ist eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Aussicht genommen. Zu Mittwoch sollen die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Sitzung eingeladen werden. Am Donnerstag findet eine Aussprache im Reichswirtschaftsrat über die wirtschaftlichen Fragen statt.

Berlin, 18. Juli. Amtlich.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons begab sich nach der Rückkehr von Spaa vom Bahnhof aus zum Reichspräsidenten zum Vortrag. Später sprach der Vizepräsident des Reichsministeriums Justizminister Dr. Heinze bei dem Reichspräsidenten vor.

Das Kohlenabkommen — eine vernünftige Regelung

Rotterdam, 18. Juli.

„Daily Chronicle“ nennt das Kohlenabkommen eine vernünftige Regelung. Es war voranzuführen, schreibt das Blatt, daß die Alliierten dazu gelangen würden, Deutschland Geld zu leihen. Bei der gegenwärtigen Regelung aber hängt jeder Vorschlag von der Ablieferung der Kohlen ab, und somit ist Deutschland ein Anreiz zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben. Der größte Teil des Geldes wird wahrscheinlich durch England aufgebracht werden müssen; damit ist die bewilligte Behauptung widerlegt, daß England die rechtmäßigen Forderungen seines französischen Bundesgenossen nicht unterstützt.

Misserands Erfolge

Paris, 18. Juli.

Ministerpräsident Misserand hat gestern Abend nach seiner Rückkehr aus Spaa die französischen Journalisten empfangen und ihnen erklärt, die Konferenz von Spaa bedeute den Beginn der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Er lobte den guten Willen aller Delegierten, besonders den Grafen Stolza. Als er in London zum ersten Male von der Befreiung des Ruhrgebietes gesprochen, habe er keinen Erfolg gehabt. In San Remo sei es ihm gelungen, den Grundriss zur Annahme zu bringen, in Boulogne sei man einig geworden über die Art der Zwangsmassnahmen und in Spaa endlich habe man Gewonnen festgestellt.

Die Festigkeit sei notwendig, das hindere aber nicht, daß die Alliierten bei mehreren Fragen den Geist nennenswerter

Herzlichkeit gegenüber Deutschland gezeigt hätten. Misserand glaubte besonders auf die Kredite hinweisen zu können, die als Gegenleistung für die Kohlenlieferungen erfolgen müssen. Deutschland könne vielleicht im Laufe von sechs Monaten auf 1500 Millionen rechnen, was ihm hoffentlich gestatten werde, seine Produktion zu verbessern. Es sei in Spaa zu schwierigen, manchmal zu recht lebhaften Erörterungen zwischen den Alliierten gekommen, aber vor den Deutschen habe man sich immer in einer Einheitsfront gezeigt.

Keine Milderungen für die Türkei

London, 17. Juli (Reuter).

Auf die türkische Note betr. den türkischen Friedensvertrag haben die Alliierten eine Antwort erteilt, in der es abgelehnt wird, die Bestimmungen betr. Thrakien, Smyrna und die Ispirische Grenze oder Armenien abzuändern. Bezüglich der Meerengen haben die Alliierten dahin entschieden, daß der Türkei als Ufermacht das Recht zugestanden werden soll, einen Delegierten im Meerengenausfluß zu ernennen. Sie machen ferner eine Anzahl weniger wichtiger Zugeständnisse, wie Verzicht auf die Bedingung, daß die Türkei den Alliierten alle türkischen Dampfer über 1000 Tonnen abzutreten hat.

Die Antwort besagt ferner: Wenn die Türkei es ablehnt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, oder nicht imstande ist, in Anstalten ihre Autorität wiederherzustellen, dann werden die Alliierten sich möglicherweise gezwungen erachten, die für Konstantinopel getroffene Regelung in der Weise abzuändern, daß die Türken endgültig aus Europa vertrieben werden. Den Türken wird für die Unterzeichnung eine Frist bis zum 27. Juli zugestanden.

Kraffins Rückkehr nach England

London, 18. Juli.

Wie der „Daily Telegraph“ aus Kopenhagen meldet, ist ein britisches Torpedoboot in Kopenhagen eingetroffen, das Mitglieder der russischen Delegation, bestehend aus Kraffin, Kochan und Nizogin nach England bringen soll.

Informationen aus guter Quelle zufolge, soll die russische Regierung in verschiedenen Staatsbanken ungefähr 25 Millionen Rubel in Gold hinterlegt haben. Diese Summe soll zur Bezahlung der Waren bestimmt sein, die Großbritannien Russland liefert.

Kongreß des Proletariats Vorderasiens

Stockholm, 19. Juli.

Das Exekutivkomitee der dritten Internationale, dem die Sowjetregierung die allgemeine Propaganda übertragen hat, hat die Vertreter des Proletariats von Persien, Armenien und der Türkei auf den 15. August d. J. zu einem Kongreß nach Baku eingeladen.

Abänderungsvorschläge zum Friedensvertrage

Spaa, 17. Juli. (Havas.)

Zwischen Italien, Japan, Belgien und Portugal wurde ein Übereinkommen unterzeichnet, das sofort unter den Mächten einige Fragen lösen soll, die sich aus der Aenderung des Friedensvertrages von Versailles ergeben.

Artikel 1 bestimmt, daß die Summe die von Deutschland als Wiedergutmachung auf Grund des Friedensvertrages von Versailles gezahlt wird, wie folgt zu verteilen ist: England 22 Prozent, Frankreich 52 Prozent, Italien 10 Prozent, Japan 0,75 Prozent, Belgien 8 Prozent, Portugal 0,75 Prozent. Die restlichen 6 1/2 Prozent werden an Griechenland, Land, den Serbischen, den Irtischen und den Slowenischen Staat, sowie an die Mächte, die Wiedergutmachungsansprüche erheben, aber das gegenwärtige Abkommen nicht mitunterzeichnet haben, verteilt.

Artikel 2 besagt: Die als Wiedergutmachung von Oesterreich und Bulgarien gezahlte Gesamtsumme wird zusammen mit der Kontribution zu Ausgaben für die Befreiung der aus dem österreichisch-ungarischen Staate hervorgegangenen Länder wie folgt verteilt: a) zur Hälfte nach dem in Artikel 1 vorgesehene Verhältnis, b) von der anderen Hälfte erhalten Italien 40 Prozent, Griechenland und der serbisch-kroatische Staat 60 Prozent.

Artikel 3 lautet: Die alliierten Regierungen werden untereinander die nötigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Zahlungen treffen; falls nötig, werden sie Deutschland durch Anleihen helfen, die dazu bestimmt sind, inneren Verpflichtungen nachzukommen und die es ihm gleichzeitig erlauben, seine Schuldenlast so schnell wie möglich abzuschütteln um den Wiederaufbau mit vollen Kräften zu heben.

Artikel 4 enthält einzelne Bestimmungen über die Aufstellung der Abrechnung für jede einzelne Macht seitens der Wiedergutmachungskommission und bestimmte Regeln für Gutachten und Nachprüfungen.

Artikel 5 bestimmt die Maßnahmen, die Belgien die Priorität von 2 1/2 Milliarden Francs Gold sichern, auf die es Anspruch hat, gemäß den Bestimmungen des Überein-

kommens vom 26. Juni 1919 und legt diejenigen Kategorien der Zahlungen fest, die für die Priorität bestimmt sind.

Artikel 6 umschreibt die Schätzungsmethode für die Schiffe, die entsprechend den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain abgeliefert werden müssen, um Tonne für Tonne und Pfund um Pfund, die Handels- und Fischereischiffe, die infolge von kriegsrischen Handlungen zerstört oder beschädigt worden sind, zu ersetzen. Er bestimmt außerdem die für die Schiffe zu zahlende Miete. Die Bestimmungen für die Lösung der übrigen Fragen, die durch die Entscheidung des belgischen Preisgerichts aufgeworfen wurden, sind getroffen. Belgien wird eine auf die Anteile der übrigen alliierten Mächte erhobene Kompensation erhalten.

Artikel 7 bezieht sich auf die Leichterfahrzeuge, auf Schwimmböden und Hafenmaterial, das auf Grund des Protokolls vom 10. Juni 1920 geliefert wurde.

Als Ausgleich für die versenkten Kriegsschiffe bestimmt Artikel 8, daß die Dispositionen des Protokolls vom 10. Januar 1920 auf den Erlös aus dem Verkauf der Kriegsschiffe und des Kriegsmaterials anwendbar sind, das auf Grund der neuen Klausel des Versailler Vertrages geliefert wurde, einschließlich des Erlöses aus dem neuen Kriegsmaterial, das durch die Wiedergutmachungskommission verkauft wurde.

Artikel 9 gewährt Italien als Priorität vor allen anderen Mächten das Recht, gewisse Summen zu behalten und auf die Summe, die ihm von Oesterreich, und Bulgarien als Wiedergutmachungskosten für die Besatzungsarmee geschuldet wird, zu verrechnen.

Artikel 10 behält die Rechte Polens gemäß den Verträgen von Versailles und St. Germain vor und bestimmt, daß das Übereinkommen auf Polen keine Anwendung findet.

Artikel 11 wahrt die Rechte der Länder, die Belgien vor dem 11. November 1918 Geld geliehen haben und sieht Bestimmungen für die Rückzahlung dieser Beträge sofort nach Zahlung der Belgien auf Grund des Prioritätsrechts geschuldeten 2 1/2 Milliarden vor.

Artikel 12 wahrt die Rechte der Alliierten auf die Kredite, die sie ehemals feindlichen Mächten gewährt haben.

Artikel 13 bestimmt, daß die Frage der gleichmäßigen Festsetzung der Kosten der Besatzungsarmeen zurückgestellt wird, um mit den Vereinigten Staaten besprochen zu werden.

Nach Spaa

Die Entscheidung über die Verminderung des deutschen Heeres in Spaa ist so ausgefallen, wie es vorauszu sehen war. Die Alliierten wollen, daß Deutschland ein für allemal jeden Gedanken an kriegerische Aktionen aufgibt und nur soviel Truppen behält, als unumgänglich nötig sind. Wir sind stets für die Abschaffung des Heeres als eines unnützen und kostspieligen Ballastes eingetreten, und unserer Ansicht nach hätte die deutsche Regierung die Verpflichtungen, denen sie im Friedensvertrag zugestimmt hatte, aus eigenem Antrieb so schnell wie möglich durchzuführen sollen. Sie hätte auf diese Weise namhafte Summen für die Abtragung der Schulden oder für Kulturzwecke freimachen können.

Auf die Wechselbeziehungen zwischen Militarismus und Finanzwesen weist auch ein Aufsatz im „Temps“ hin. Es heißt dort: „Das deutsche Budget dieses Jahres weist 1800 Millionen Mark an ordentlichen Ausgaben für Armee und Flotte auf. Außerdem erfordert die Liquidierung der alten Armee und der alten Flotte eine „außerordentliche“ Ausgabe — niemals wurde diese Bezeichnung mehr verdient — von 2100 Millionen. Obwohl es sich für ruiniert erklärt, läßt das besiegte Deutschland doch vier Millionen militärische und Marineausgaben zu, — ohne die Hunderte von Millionen zu berechnen, die der Unterhalt der Sicherheitswehr kostet, des Elitelcorps, das der Form halber dem Ministerium des Innern unterstellt ist. Es ist klar, daß das deutsche Schatzamt niemals Mittel für die Bezahlung der Wiedergutmachungen haben wird, wenn die Millionen so in Rüstungen übergehen.“

Die Politik der deutschen Regierung hat so der Entente selbst Argumente für übertriebene finanzielle Forderungen geliefert. Mit der deutschen Revolution, die angeblich einen stärkeren militärischen Schutz erfordern soll, läßt sich niemand mehr schrecken. Auch in dieser Beziehung widerlegt der „Temps“ die Behauptungen der deutschen Vertreter mit Beweisen, die er aus deutschen Angaben schöpft, und zwar nicht aus unabhängigen Reden oder Zeitungen, sondern er zitiert als Zeugen den Abg. Becker von der Deutschen Volkspartei. Becker habe den Unabhängigen zugerufen: „Ein großer Teil der Arbeiter hat sich nicht nach links, sondern nach rechts orientiert; im Ruhrbezirk sind die Hunderttausende von Wählern, die für die Volkspartei gestimmt haben, nicht Kapitalisten, sie sind Arbeiter.“ Daran knüpft der „Temps“ die Frage: „Aber wo ist dann die berühmte Gefahr von links? Und mit welchem Recht behauptet die deutsche Regierung, daß 100 000 Mann nicht genügen, um sie vor einer Revolution zu schützen? ... Die Aufrührer, die in Wirklichkeit zu fürchten sind, pухen sich nicht als Kommunisten auf. Sie sitzen in Offiziersuniformen in der Reichswehr und in der Sicherheitswehr. Sie sind es, die man mattsetzen muß. Wenn das Kabinett Fehrenbach dazu nicht fähig ist, ist es unwiderstehlich der Gehirne seiner Militärs. Es möge einer Regierung Platz machen, mit der die Alliierten verhandeln können.“

Krmer Fehrenbach! Seine schöne Rede scheint in Frankreich nicht den geringsten Eindruck gemacht zu haben!

Die Übereinstimmung der politischen Parteien Deutschlands in bezug auf die Macht der Arbeiterklasse im Bergbau ist wahrhaft rührend. Von allen Seiten hörte man: Die Entente kann beschließen, was sie will, das letzte Wort haben die Bergarbeiter. Sie werden sich hüten, dem Ententekapitalismus Frondienste zu leisten, und selbst rechtsstehende Organe sollten Hues Rede einige Anerkennung. „Der Volk“ freut sich besonders über einen Aufsatz der „Parlamentarischen Zentrums-Korrespondenz“, der darlegt, daß die deutsche und die europäische Frage nicht gegen die Arbeiter zu lösen seien. So sei es nicht nur in der Kohlenfrage, sondern auch in den finanziellen Fragen. „Die Staatsleiter in Spaa“, schließt der Artikel, „mögen kein zu hohes Spiel spielen mit den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, der die Arbeiter aller Länder schließlich ihre Solidarität gegenüber der endlosen Sklaverei und Hungersnot nicht verweigern können.“ „Der Volk“ ist ganz der gleichen Ansicht, es hofft ebenfalls auf ein geschlossenes Auftreten der deutschen und der anderen europäischen Arbeiter gegen jede Unterdrückung und jedes Unrecht. Aber ganz besondere Freude äußert das Blatt darüber, vom dem Vorkämpfer einer Gruppe, die als Kriegspartei nicht nachgelassen hat, das deutsche Volk ins Unglück zu stürzen, jetzt einen Aufruf an das Proletariat zu hören, um Deutschland vor den äußersten Folgen ihrer Politik zu bewahren. Aber die größte Genugtuung gibt uns dieses Anraten der direkten politischen Aktion, die national und international von den Arbeitern geführt werden soll, als Rat eines kirchlichen Publizisten, dessen Weltesverwandte eine vollkommen gleichartige Bewegung, wie den Bonkott gegen Ungarn, jeden Tag mit den schärfsten christlichen Reden verurteilen.“ (Wie es die Christen Hollands auch tun.)

Was hier von dem ungarischen Bonkott gesagt wird, gilt ebenso für jede andere Frage, in der die Interessen der Arbeiterklasse gegen die der Kapitalisten stehen. Das wird

vielleicht gerade bei der international organisierten Bergarbeiterkassette am ersten deutlich in die Erscheinung treten. Die deutschen Bergarbeiter wollen nicht die Sklaven der Entente-Kapitalisten sein, aber sie lehnen sich ebenso gegen eine Ausbeutung durch das deutsche Kapital auf, gegen die einzig und allein die Sozialisierung der Bergwerke einen sicheren Schutz bietet. Wird die kapitalistische Presse ebenso begeistert sein, wie jetzt, wenn die internationale Bergarbeiterkassette einmal eine große Aktion zugunsten der Sozialisierung beginnt? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Hüter der Wissenschaft

Der „Vorwärts“ nimmt eine Meldung aus Kassel, wonach eine Bezirkskonferenz der U. S. P. kürzlich beschlossen habe, den Ausschluß des Genossen Kautsky aus der Partei zu verlangen, zum Anlaß, um einen ganzen Leitartikel über die Geisteswissenschaft zu schreiben, die in der Unabhängigen Sozialdemokratie angeblich herrsche. Prinzipiell sei dazu bemerkt, daß jede Partei selbst darüber zu bestimmen hat, wie weit der Kreis ihrer Mitglieder gezogen werden soll. Die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie wird von dem Aktionsprogramm bestimmt, daß sie sich auf dem Leipziger Parteitag gegeben hat. Es ist selbstverständlich, daß nur solche Leute der Partei angehören können, die dieses Programm anerkennen. Jede Partei muß sich das Recht vorbehalten, ob ihr noch jemand angehören kann, der in Wort oder Schrift ihr Programm bekämpft und seine Auffassungen nach anderen Grundsätzen bildet. Das sind alles Binsenwahrheiten, und sie hatten von jeher in der sozialdemokratischen Partei Geltung.

Es ist aber geradezu zum Speien, wenn der „Vorwärts“ den heftigen Ausschlußantrag gegen den Genossen Kautsky zum Anlaß nimmt, um sich über die Geisteswissenschaft in unseren Reihen zu entrichten. Haben die Rechtssozialisten vergessen, daß sie Kautsky nicht nur aus der Partei hinausdrängen, sondern ihn sogar noch der „Neuen Zeit“, des Produktes seines eigenen Geistes beraubt haben? Wissen sie nicht mehr, daß sie Kautsky in die Herausgeberin der „Gleichheit“, in genau derselben brutalen Weise begegnet sind? Ist den „Vorwärts“-Leuten insbesondere schon aus der Erinnerung verschwunden, daß sie ihre Stellung nur der Tatsache zu verdanken haben, daß der „Vorwärts“ während des Krieges mit Hilfe der Militärs den Berliner Parteigenossen in hinterhältiger Weise geraubt worden ist? Sie sollten sich unter diesen Umständen bis in den Grund ihrer Seele hinein schämen, über Geisteswissenschaft bei anderen zu jammern!

Freilich, die rechtssozialistische Partei darf sich nicht den Luxus erlauben, über die Auffassungen ihrer Mitglieder zu Gericht zu sitzen. Sie zählt die Koske und Heine noch immer zu ihren geschätzten Führern. Leute also, an deren öffentlicher Tätigkeit die Arbeiterschaft nur mit dem Ausdruck des tiefsten Abscheus zurückdenkt. In ihren Reihen findet jeder Widerwärtige Unterschlupf, wenn er sich nur mit einem Parteimitgliedsbuch versehen. Die Rechtssozialisten dürfen niemanden mehr ausschließen, denn die klassenbewußten Arbeiter sind ihnen schon längst davongelaufen, und wie gering die „Intelligenz“ bei ihnen noch vertreten ist, das hat sich während ihrer Regierungstätigkeit am deutlichsten gezeigt. Es sind eigenartige Hüter der Wissenschaft, diese Rechtssozialisten. Die Erzählung des „Vorwärts“ über die Geisteswissenschaft bei der U. S. P. erinnert bedenklich an die Fabel von dem Fuchs, der den Gänsen Moral predigt.

Ein Prinz ist gestorben

Sonabend früh hat sich Prinz Joachim, der jüngste Sohn Wilhelms, das Leben genommen, angeblich in einem Anfall von Wahnsinn. — Wenn sich ein gewöhnlicher Sterblicher das Leben nimmt, so berichtet die bürgerliche Presse darüber in der hintersten Ecke des lokalen Teils. Da es sich diesmal aber um einen Prinzen handelt, noch dazu um einen Sohn des ehemaligen Kaisers, so muß das Ereignis den Lesern in großer Aufmachung und auf der ersten Seite vorgeführt werden. Den Vogel schießt dabei die „Montagspost“ ab, das Blatt des Mittelverlages. Die rechtsstehende Presse, die die Sache am ehesten angeht, begnügt sich mit der Meldung über den Selbstmord und knüpft daran lediglich einige biographische Notizen. Die „Montagspost“ dagegen, die demokratisch und republikanisch ist, berichtet im Feuilleton zwei Spalten lang über alle Einzelheiten des Falles und schildert dazu ausführlich seine Vorgeschichte.

Der Prophet

(Aus dem Tagebuch eines politischen Gefangenen.)

Von Ladislaus Sas.

Der Prophet hieß Janos Papal und war seiner Beschäftigung nach Gärtner.

Nachts — noch rang ruhelos, benommen Schlaf in unseren Augen — wurde er hereingeführt. Es waren unser zweihundert in dem Kasernenzimmer zusammengedrängt, wir stahlen voneinander Körperliche Wärme und harrten in der Hoffnungslosigkeit eines Wanders. Mit ängstlicher Regierde betrachteten wir Janos Papal, von dem wir noch nicht wußten, daß er ein Prophet sei. Wir wußten bloß, daß er unser Schicksal teilte und nahmen ihn auch schon in unser bebendes Herz auf.

Janos Papal trug einen fadenhäutigen Heberock und hielt in der Hand einen dünnen Wanderstab. Unter seinem breitkrempigen Hut hervor blitzten kummerdunkel die traurigen kleinen Augen. Er nahm vor den frierenden Menschenbüßeln geziemlich den Hut ab und grüßte:

„Grüß Gott“ — und drückte den breiten Hut wieder auf den Kopf zurück.

Die bitteren Menschenleben lagen umher. Wo es aus dem mit Stroh überzogenen Fußboden traurige, große Schwämme gewachsen wären. Er schüttelte den Kopf; wessen Füsse sich zu weit vorstreckten, dem gab er, weiter hinein zu rücken, formte schmale Bläse zwischen den kummerdunklen Menschenblumen. Er war ein Gärtner.

Er nahm seinen Hut nicht ab, legte seinen Stoch nicht fort, zog seinen fadenhäutigen grauen Heberock nicht aus, knöpfte den Kragen nicht auf, schürzte die Schuhe nicht los, kniff die selbstgeformten schmalen Bläse dahin und klopfte hin und wieder mit dem Stoch auf den Fußboden. Einmal riebte er auch lebend aus, mit den winzigen Augen in die dicke, dunstige Luft hinein.

„Was ist unser Verbrechen?“ sprach er mit sich. — „Ich wollte, der Mensch soll ein Mensch sein. Kein Herr der Herr, wenn der Diener Diener ist, und die beiden mögen nebeneinander stehen.“

Dies wollte Janos Papal, doch kam das Reich der Herren, Janos Papal wurde von seinen duftenden Blumen fortgerissen und hier, wo jämmerliche Menschenblumen welkten, eingesperrt.

Morgens belamen die Hungernden Kaffee-Spülkist und hartes Brot. Janos Papal ah nicht. Er nahm nicht einmal den Hut ab, stellte nicht einmal den Stoch in die Ecke. Unermüdet schritt er über das abgelegene Stroh dahin, als hätte ihn gar nicht die zur Nacht gelangte klavnernde graue Kasse mit ihren verzögerten und spöttischen Paragrafen zwischen diese vier Wände getrieben. Als ob er bloß auf- und abginge, um nachher den Raum durch die Tür zu verlassen, durch die Tür, die von den verführten Schergen mit dem Bajonett bewacht wurde.

In einem der kitzlichsten satirischen Gedichte von Dostojewski wird die bürgerliche Presse der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verspottet, die selbst die Wunden nicht verschont, wenn sie über die Geburt eines königlichen Prinzen berichtet. Aus der Monarchie ist die Republik geworden, aber das Wesen der bürgerlichen Presse, allen voran der liberalen Blätter, hat sich nicht geändert. Dico mal kann das Mittelpapier freilich über die Geheimnisse der prinzipiellen Wunden nicht berichten, da der Fall immerhin trauriger liegt. Vielleicht wird ihr aber als Entschädigung das Straußentuch überreicht, das der Prinz zuletzt benutzt hat; für eine demokratisch-republikanische Kasse müßte es doch ein erhebendes Gefühl sein, denselben Lappen benutzen zu dürfen, das eben erst ein prinzipielles Kleiderorgan bedient hat.

Wunderbare Justiz

Verbrechensschutz durch Kriegsgerichte

Am 8. März wurde vom Freikorps Lichtschlag eine große Anzahl Soldaten in eine Versammlung der Friedensgesellschaft in Osnabrück kommandiert. Sie erhielten von ihrem Vorgesetzten den Befehl, Kadav zu machen und die Versammlung zu sprengen. Die Horde führte ihre Aufgabe glänzend durch. Ein Redner, der sie zur Rube stellen wollte, wurde durch einen Revolvererschuß so schwer verletzt, daß er auf die Dauer unfähig geblieben ist. Nun begann die Justizkomödie. Es war den amtlichen Stellen nicht möglich, den Täter ausfindig zu machen, ganz einfach deshalb, weil sie es nicht wollten, weil die Tat bei ihnen große Befriedigung ausgelöst hatte. Den privaten Bemühungen der Friedensgesellschaft gelang es schließlich doch, den Täter festzustellen. Es war der Mann Eiser von der Lichtschlag-Truppe; er wurde verhaftet, am 20. Mai in das Gefängnis eingeliefert, am 21. aber wieder entlassen, wegen Mangels an „Füchterschutz“. Dann trat behördliches Stillschweigen ein. Am 10. Juli aber erhielt der Verletzte folgendes Schreiben:

Gericht der Hannoverschen 10. Reichswehr-Brigade 10. III. B. Nr. 458/20.

II.

dem Lithographen Herrn Erich Anspatz.

In der Untersuchungsphase gegen Unbekannt wegen Körperverletzung wird Ihnen mitgeteilt, daß das Verbrechen eingeleitet ist, da alle Ermittlungen nach dem Täter bisher ohne Erfolg geblieben sind. Weitere Ermittlungen sind aber aussichtslos, da das Reichswehr-Schützen-Regiment 107 inzwischen aufgelöst, und die Mannschaften größtenteils entlassen sind.

(Unterschrift unleserlich.) Kriegsgerichtsrat.

Verbrechensschutz durch Kriegsgerichte! Anders kann das Urteil nicht lauten, das gegen eine derartige Handhabung der Militärjustiz gesprochen werden muß.

Immer neue Schandurteile

Das berüchtigte Räumburger Schwurgericht fährt fort, durch seine skandalöse Sprachpraxis die Deffinitivität zu brüskieren. Während es die Räumburger Rappoerbrecher ungeschoren läßt, fällt es gegen die Räumburger Arbeiter, welche für die Verfassung die Waffen in die Hand nahmen, die schrecklichsten Klassenjustiz-Urteile. Die wiederholt und feierlich abgegebenen Erklärungen der Regierung, daß alle diejenigen, die zur Abwehr des Rappoerputsches die Waffen erhoben, legal gehandelt hätten und deshalb nicht straffällig seien, existieren für die Räumburger Klassenrichter nicht. Sie haben jetzt gegen 14 Arbeiter, die sich an dem Kampf gegen das kapitalistische Militär bei Räumburg beteiligt hatten, insgesamt 76 1/2 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verhängt. Der Staatsanwalt hatte 74 1/2 Monate Gefängnis beantragt!

Dieses Urteil ist geradezu ein Schlag ins Gesicht auch der Regierung, die nicht die Macht entwickelte, um ihren Willen und ihren Zuhören im Parlament Radrücken und Beachtung bei den Gerichtsbehörden zu verschaffen.

Sundstagsfolgen

Im Oisebad Czanz bei Königsberg befanden die goldene Jugend und das verrottete Alter gelangweilter Kurgäste ihre politische Rast durch einen Kleinkrieg um eine Strandburg. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse hat sich folgendes zugezogen:

In Czanz finden seit einiger Zeit täglich Kundgebungen vor einer von Schülern höherer Lehranstalten gebauten großen Strandburg, genannt „Hohenzollern“, statt. Die Sicherheitspolizei entfernte die schwarz-weiß-roten Fahnen, das Namensschild und das Bild Hindenburgs und zerstörte die Burg. Nach dem Wiederaufbau versammelten sich viele Kurgäste vor der Burg, und ein Studentrat aus Berlin hielt eine Ansprache.

Nach dem Abfingen patriotischer Lieber zogen die Versammelten zum Amisvorsteher und verlangten die Herausgabe der Fahnen. Als die Kundgebungen schließlich antisemitischen Charakter annahm, verbot eine gebarnische Bekanntmachung des Amisvorstehers jede Kundgebung auf der Alsterpromenade und am Strande. Es bildete sich ein Ausschuß der Kurgäste, der telegraphisch die Regierung um Schutz für die versammlungsmächtigen Rechte ersuchte. Zwei Schüler, die trotz des Verbotes schwarz-weiß-rote Flaggen hielten, wurden festgenommen.

Der Vorgang wirkt wie ein Witz. Aber man weiß doch nun wenigstens, was die „gebildeten Kreise“ unter versammlungsmächtigen Rechten verstehen, und wie sie von den versammlungsmächtigen Freiheiten Gebrauch zu machen gedenken. Der Sicherheitswehr aber hat sich eine treffliche Gelegenheit, ihr Exzentrismus ihre Versammlungstreue gleichermaßen zu bekunden. Ein Satiriker, der die politische Mentalität des Alsterbades zum Gegenstand seines Spottes machen will, mag sich des Stoffes bemächtigen.

Der Auflösungsschwindel

Die „Berliner Volkszeitung“ berichtet aus Cuxhaven: Am 10. Juli ist mit klingendem Spiel und wehender alter Marinefahne in Cuxhaven die erste Abteilung des sogenannten Schiffsschiffes in ammetachementa aus dem Munsterlager eingetroffen. Die weiteren Abteilungen folgten tags danach, so daß die neuen Truppen in den bisher von einer Küstenwehrabteilung belegten Kavernen rund tausend Mann stark sind. Ihre erste „Tat“ war das Hissen der schwarz-weiß-roten Flagge auf der Kasernen. Das wird niemanden wundern, wenn er hört, daß dieses Schiffschiffschiffschiff aus den Angehörigen der früheren Marinebrigade Ehrhard besteht. Statt die Triarier der Rapp und Lüttichow auszulösen, hat man ihnen einen neuen Namen geschenkt. Sie selbst sind die alten geblichen und so recht nach dem Herzen aller Monarchisten und Reaktionen. Sie halten, wie sie selbst sagen, „wie Pech und Schwefel zusammen“ und sind somit ganz die Geeigneten, um als Stamm in noch nicht reaktionär veränderte Marinegruppen verpflanzt zu werden. Außerdem ergänzen sie sich noch immer — was der Steuerzahler mit Interesse hören wird — durch Neueinstellungen junger Freiwilliger — angeblich, weil der genehmigte Etat noch nicht voll ist. Die bisher in Cuxhaven liegende Küstenwehrabteilung hielt in den Rapp-Lagen zur versammlungsmächtigen Regierung und letzte ihre Vorkämpfer ab. Sie erzählt jetzt im Munsterlager ihre weitere Ausbildung. Die ehemaligen Ehrhard-Leute sind mit Orden geziert und mit Maschinengewehren, Winkelmessern und reichlich viel Totenköpfen als äußeren Erkennungszeichen behangen. Sie haben, wie jeder Reaktionär beschwören wird, ja auch hervorragendes Geistes und werden somit auch in Cuxhaven — ihren Mann stellen.

Diese Darstellung liefert einen neuen Beweis dafür, wie sehr die Regierung nach dem 13. März das Volk betrogen hat. Auflösung der konterrevolutionären Formationen war eine Hauptbedingung zum Abbruch des Generalsstreiks. Die Regierung, noch schlotternd vor Angst der kaum überstandenen Flucht nach Stuttgart, jagte zu, der Streik wurde abgebrochen, aber da begann auch schon der Verrat. Hüftlos und schwächlich ließ sich die Regierung in das Schlepptau der Generale nehmen. Diese säuberten die Wehrmacht von allen zuverlässigen Elementen. Die Ballistik purzelte die Treppe hinan. In der Reichswehr, wo sie alle Unterjochung gefunden haben, können sie heute ungehindert die Pläne vollenden, die am 13. März durch die vereinte Abwehr der Arbeiter nicht zur Durchführung kamen.

Die arme Triflore. Die „Journal des Debats“ aus Paris mitteilt, haben gestern zwei Anarchisten in der Gegend von Boulogne zur See die französische Fahne von der Marine heruntergeholt und zerissen. In Berlin wird sie von nationalkatholischen Rabauken heruntergeholt, in Frankreich selbst von Anarchisten. Beide Teile kennzeichnen so ihre politische Armut, indem sie ihren Latenzdrang an einem Stück bunten Tuch verpulvern.

Die internationale Finanzkonferenz. Der Vorsitzende des Vorkonferenzen, Senatspräsident Bourgeois, hat nunmehr die internationale Finanzkonferenz auf den 25. September nach Brüssel einberufen. Eine weitere Verschiebung ist nach seiner Ansicht nicht gut möglich.

Wilson unterläßt Cox. Nach einer einstündigen Konferenz mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Gouverneur Cox erklärte Wilson, er habe erfahren, daß Cox und er bezüglich des Vorkonferenzen die gleichen Ansichten hätten. Die Partei werde Cox in voller Einigkeit bei seinem Kampfe für die Ehre der Nation und die Sicherung des Weltfriedens unterstützen.

Getreideausfuhr aus Kanada. Nach einer Meldung aus Ottawa beschloß die Regierung, die Getreideernte von 1920 freizugeben und die Bestimmungen aus der Zeit vor dem Kriege wieder zur Anwendung zu bringen. Sollten die Umstände es indessen erforderlich machen, dann wäre die Regierung berechtigt, das Getreide wieder unter Kontrolle zu stellen.

Einmal blieb er auch vor dem vollmächtig gröhenden Schergen stehen. Sagte ihm bloß:

„Wissen Sie, daß auch Sie ein eben solcher Mensch sind, wie ich? Alle Menschen sind gleich. Ob reich, ob arm. Und einmal wird niemand reich und niemand arm sein.“

Abends, nach zerquältem, in Hoffnungslosigkeit müde sich dahinschieppendem Tag, vertrocknet sich die geknickten Leiber eilends ins Stroh. Doch Janos Papal legte nicht einmal den Stoch fort.

Nachts scheuchte er die Schlafenden einmal mit aufeinander Stimme auf.

„Und ich verkünde dennoch, einmal wird unser Reich kommen: das Reich der Armen. Und verkünde, Brüder, wenn sie uns jetzt auch freuzigen, weil wir Gerechtigkeit walten lassen wollten, so werden doch sie von der Erde verschwinden, denn sie sind die Wölfe, fressen unser Anteil auf, ziehen uns die Haut ab und trinken unser Blut.“

In Hoffnungslosigkeit verrieten die Tage. Geringschätzig, höhnische Flüche gehalten, Worte, häuften sausten nieder. Nächtlings winkten Jammerrufe und Schmerzhreie. Aus Herz und Leib brachen Wunden auf. Schlag man Janos Papal den Hut vom Kopf, er setzte ihn abermals auf, hied man ihn mit seinem Wanderstab über den Rücken, er nahm ihn wieder in die Hand, legte ihn nicht fort. Und er ah nicht, schloß nicht, setzte sich nicht einmal. Doch verkündete er, wie ein Prophet, Worte, welche die sich in Qualen Windenden beledeten.

Er weckte bereits seit fünf Tagen unter uns. Hatte sich aber noch kein einziges Mal ausgerührt, hatte nicht einmal einen Schluck Wasser getrunken. Hatte sich nicht einmal gewaschen, hatte seinen Heberock für nichts auf der Welt ausgezogen, noch aber seinen breitkrempigen Hut vom Kopf genommen. Manchmal böste er stehend, auf den Stoch gestützt, ein. Und er sprach Worte, die den Wunden unseres schmerzenden Lebens Balsam waren. Er war ein Prophet, den kein Feuer brannte, kein Schlag schmerzte, kein körperliches Verlangen quälte. Sein fanatischer Glaube, sein schwärmerisches Zukunftsbauen, seine unerhöhrliche Uebersetzung bezwangen alle Leiden und Qualen. Er war ein Prophet großer Entschlossenheit und sanfter Liebe.

Am Abend dieses Tages wurde er geholt. Man öffnete die Tür und ließ ihn hinaus.

„Der gehört ins Narrenhaus!“ — fluchte der Scherge.

Er brauchte sich nicht vorzubereiten: der breite Hut sah ihm auf dem Kopf, seinen Wanderstab hielt er in der Hand. Er mühte sich einfach nur dahinschieben.

Aber bevor er ausbrach, hob er noch einmal den Hut vom Kopf, hielt ihn in der Hand. Und sagte bloß:

„Und ich verkünde dennoch, Brüder, wir werden einander auf dieser Erde noch begegnen!“

Und wir glaubten, daß wir einander begegnen werden, wir leidenden, blutenden, ausgeplünderten und geschädigten Menschen dieser Erde, die — die unsre.

(Einzigerberechtigter Uebersetzung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.)

Zwei neue Kunstzeitschriften

(Erschienen im Verlag Neuenhof & Moll, Berlin-Weißensee.)

Eine Zeitschrift der Kunstrevolution. Wie allen Künsten steht auch der Kunst die Revolution der Welt in allen Gliedern. Großes hat sich in ihr seit 20 Jahren bereits verändert. Aber die vollständige Umwälzung steht auch ihr erst in Zukunft bevor. Den modernen Künstern schloß bereits seit längerer Zeit eine gemeinsame Stätte der Aussprache. Wir hatten zwar in Deutschland noch während des Krieges einige 30 Kunstzeitschriften, aber alle waren aufs übelste verstreut, — so ziemlich das Geisteslose, was es überhaupt in Deutschland an Fachzeitschriften gab.

So ist denn eine neue Zeitschrift, die ganz bildlich und geistig, der musikalischen Moderne dient, herzlich zu begrüßen. Hermann Scherchen, der Führer der Moderne in Berlin, hat sie gegründet. „Kunst“ heißt die junge Halbmonatschrift, die jetzt, nach Erscheinen von 10 interessanten, lebendigen und höchst praktischen Heften bereits zu den besten deutschen Zeitschriften gehört. Schade daß wir für die Literatur keine so guten Organe besitzen!

Der Kunsttopf, eine Monatszeitschrift, herausgegeben von der Novembergruppe. Hoffen wir, daß der „Kunsttopf“ zu jenen Zeitschriften gehört, die ihre ersten, wenig geklärten Hefte, bald vergessen machten. Wir wollen deshalb das erste Heft der Novembergruppe nicht verurteilen. Vielleicht wird etwas aus der Sache. Es sind doch frische erfindungsreiche Menschen da — warum nehmen sie sich nicht der Zeitschrift — wenn schon unbedingt eine sein muß — an? Wer hat bloß dieses Heft zusammengestampert — und den dummen Titel ausgeguckt? Wenn ein Heft herauskommt, das Geist, Energie und Temperament hat, werde ich es hier hochgereut anzeigen. Als dahin empfehle ich die Hefte „Dada“.

Dolfs Behne.

Trauerfeier für Max Weber. Die Heidelberger Studentenschaft widmete heute dem Gedächtnis Max Webers eine würdige Feier. Nach Worten des Vertreters der Studentenschaft, v. Scholz, folgte die Philologe Prof. Jaspers in einem Bild von wunderbarer Klarheit und Wahrheit den Geschehen, den Politiker und den Menschen Weber. Zuletzt sprach als Bruder Alfred Weber über den Entschlafenen.

Die Kohlenarbeiter-Szene aus Strindbergs „Traumpiel“ in Nr. 281 ist der Uebersetzung von Emil Schering entnommen. (Verlag Georg Müller, München.)

